

Ein grünes NEIN zu EWR und EG

Autor(en): **Vischer, Daniel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **86 (1992)**

Heft 11

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-143731>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein grünes Nein zu EWR und EG

Die Redaktion der Neuen Wege hat den ehemaligen Poch-Politiker und heutigen grünen Zürcher Kantonsrat Daniel Vischer gebeten, sein vielbeachtetes Nein zum EWR, aber auch zur EG im heutigen Zeitpunkt darzulegen. Da die Abstimmung über den EWR-Beitritt der Schweiz am 6. Dezember unmittelbar bevorsteht, folgt diesem Text ausnahmsweise die Rubrik «Diskussion», in der sich Hansjörg Braunschweig und Willy Spieler mit Daniel Vischers Argumentation auseinandersetzen.

Red.

Keine Frage von Fortschritt oder Reaktion

1. Wer meint, bei der Frage des EWR-Beitrittes der Schweiz stünden sich die *Beitrittswilligen* als «die Fortschrittlichen und Weltoffenen» und die *Nein-Sager* als «die Nationalisten und Reaktionäre» gegenüber, verzerrt die Diskussion. Es geht auch nicht um die «Vision Europa», denn diese vollzieht sich mit oder ohne Beitritt der Schweiz derzeit reichlich stockend. Wer aber so tut, als sei bei einem Nein jeder mögliche Fortschritt in diesem Lande auf Jahre hinaus im Eimer, verhindert ein echtes Abwägen der Vor- und Nachteile. Dass in der EWR-Frage der Riss quer durch alle Parteien, Verbände, Gruppierungen, Kirchen, Familien und Lebensgemeinschaften geht und Zuweisungen nach dem Modus der Fortschrittlichkeit schlichtweg unmöglich sind, wird aus vielen Artikeln und Gesprächen spürbar.

Einzig im Kreise der Medienschaffenden gilt nach wie vor unerbittlich: je beitriftswilliger desto fortschrittlicher. Eine fundierte Meinungsbildung wird auch dadurch nicht gefördert, dass das EWR- und EG-Nein mit SVP-Nationalrat Christoph Blocher und dem rechten politischen Lager identifiziert wird. Immerhin fällt auf, dass Blocher in vielen Punkten differenzierter argumentiert als manche seiner (nicht zuletzt sozialdemokratischen) Gegner.

Welches Europa ist gemeint?

2. Wer von Europa spricht, muss angeben, von welchem Europa in welchen Grenzen

die Rede ist. Welcher Teil der ehemaligen Sowjetunion ist mitgemeint? Gehört Serbien nicht zu Europa? Die «Vision Europa» kann nur ein römisches und byzantinisches Europa meinen. Die aktuelle Auseinandersetzung handelt von der EG und damit von *Westeuropa*. In Frage steht ein EG-Konzept, das 1985, also vor der deutschen Vereinigung, geboren wurde. Ein halbwegs realistischer Plan der Erweiterung der europäischen Gemeinschaft nach Osten liegt nicht vor. Ein Mehrheitskonsens herrscht einzig bezüglich der Angst vor einem Massenansturm von Menschen aus osteuropäischen Ländern und der Sehnsucht nach einer neuen Mauer. Derzeit ist aber auch die EG uneiniger als vor dem Mauerbruch. Das französische Patt entspricht der Volksstimmung in den meisten EG-Ländern.

Solange keine gemeinsame deutsch-französische Aussen- und Sicherheitspolitik real möglich wird, die sich zwangsläufig von den USA abkoppeln müsste, existiert Europa einzig als Wirtschaftsraum. Der Golfkrieg und die in diesem Zusammenhang entwickelte «neue Weltordnung» hatten viel damit zu tun, eine eigenständige europäische Aussenpolitik nicht zuletzt gegenüber dem Nahen Osten mit Erfolg zu verhindern. Im post-jugoslawischen Krieg lähmte lange Zeit eine Erste-Weltkriegs-Konstellation (Kroatien – Deutschland: Mittelachse, Serbien – Frankreich: Entente) jede reale Friedensmöglichkeit. Die antinationalistischen Europavisionen etwa eines Peter Glotz (dessen Buch auch die SPS-Führung beeinflusst hat) übersehen geflissentlich die ökonomisch, politisch und kulturell höchst unter-

schiedlichen und vielfältigen Interessen der europäischen Nationen und reden deren Homogenisierung und Ausdünnung auf dem Euroreissbrett das Wort.

3. Die neue Europa-Politik wird sich behutsamer entwickeln, als angenommen, nachdem das Europa der selbsternannten geistigen Eliten im *dänischen* wie im *französischen Referendum* Schiffbruch erlitten hat und die prognostizierten Schwierigkeiten der deutschen Einigung manifest werden. Warum es vor diesem Hintergrund so entscheidend sein soll, dass die Schweiz jetzt dem EWR und baldmöglichst der EG beitrifft, bleibt unbeantwortet, wäre aber von den Befürwortern zu beweisen.

Es geht um kulturelle Vielfalt, echte Volksmitbestimmung und eine weltoffene Schweiz

4. Abzuwägen sind vorliegend die Vor- und Nachteile für die Schweiz im Falle eines Beitrittes. In diesem Zusammenhang denkt jeder normale Mensch, ob Gegner oder Befürworter, *«nationalistisch»*. Denn niemand vertritt ernsthaft die Meinung, es wäre gleichgültig, wenn die Deutschschweiz allmählich Deutschland, das Welschland Frankreich und das Tessin Italien angegliedert würden. Meine Gründe für ein Nein sind die eines nicht unter einem *«Réduit-Komplex»* leidenden Städters, für den die Grossregionen Zürich oder Basel genauso weltoffen und urban sind wie die meisten EG-Regionen. Ich halte es für eine alte Leier, dauernd über den wuchernden Landgeist der Schweizerinnen und Schweizer zu jammern, als sei dies das Problem. Es geht auch nicht um den Sonderfall Schweiz, sondern um die kulturelle Vielfalt und um eine echte Volksmitbestimmung, die den umweltpolitisch gebotenen *«Weg aus der Moderne»* begünstigt.

5. EWR- und EG-Beitritt bilden eine Einheit, die nicht mehr zu trennen ist. Ohne späteren EG-Beitritt macht der EWR-Vertrag wenig Sinn, zumal von seinen Befürwortern beschworen wird, die Annahme dieses zugegebenermassen eher schlechten Vertrages sei die Vorbedingung für einen baldmöglichsten Beitritt zur EG, um endlich

mitgestalten zu können. Das Mitgestalten bildet denn auch das Hauptargument der Befürworter. Ich behaupte demgegenüber: *Der Einfluss der Schweiz bleibt grösser*, solange sie unter heutigen Voraussetzungen nicht der EG beitrifft. Als *«Spezialitätenladen»* kann die Schweiz eine weltoffenere Politik nach allen Richtungen (Osteuropa, Dritte Welt, Japan, China) entwickeln, ohne sich dem EG-Normierungszwang unterordnen zu müssen.

6. Wirtschaftlich sind weder der EWR- noch der EG-Beitritt nötig – eine vorsichtige Formulierung zugunsten der Befürworter. Aber auch ein bemerkenswertes Fazit, wo es doch beim EWR erklärermassen nur um den Wirtschaftsraum geht und im EG-Beitritt einzig zusätzliche politische Vorteile liegen sollen. Dass die Schweiz im Falle eines Nicht-Beitrittes mit erheblich mehr Arbeitslosen rechnen müsste, ist nicht zu beweisen. Die Vermutung spricht für das Gegenteil, behält doch die Schweiz ihre ausländerpolitischen Optionen in der Hand. Anders als Österreich sind *Schweizer Firmen im EG-Raum integriert* und verfügen über gegen eine halbe Million Arbeitsplätze. Die Schweiz ist nach den USA das zweitwichtigste EG-Exportland. Schon allein dies illustriert, dass die Interessen der EG am Erhalt guter wirtschaftlicher Beziehungen zur Schweiz so oder so intakt bleiben.

Ein EWR- und vor allem EG-Beitritt schränkt aber die aussenwirtschaftlichen Möglichkeiten der Schweiz ein, die *keine autonome Wirtschaftspolitik* zum Beispiel im ostasiatischen oder chinesischen Wirtschaftsraum mehr betreiben könnte. Einig sind sich heute Fachleute auch darin, dass die neue Ausrüstung der Schweizer Wirtschaft und ein nötiges Durchbrechen mancher Kartelle einzig von inländischen Entwicklungsszenarien abhängen werden. Der Spielraum der Banken und der Nationalbank bleibt im Falle eines Nein bestimmt grösser, ein Beitritt in Richtung Ecu-Währung wäre unter derzeitigen EWS-Voraussetzungen geradezu ein Desaster.

Keine sozialpolitischen Vorteile

7. Der EWR-Vertrag lässt keine sozialpolitischen Vorteile gegenüber dem Status quo

erkennen. Würden nicht alle eher mit Nachteilen rechnen, müsste die SPS nicht plötzlich von flankierenden Massnahmen gegen *Lohndumping* sprechen. Von der grossen Reform, die aus Brüssel unser Land überschwemmen wird, kann trotz der neuen Produkthaftung und der gleichen Krankenkassenprämien für Mann und Frau keine Rede sein. Nicht zufällig ist die SPS leiser geworden: Sie will heute nur noch Blocher verhindern und verspricht nicht mehr das Gute aus Brüssel.

Generell forciert der EWR das Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten und akzentuiert die *soziale Schere* zwischen den heute schon florierenden oder aufsteigenden Regionen und jenen, die noch stärker ins Abseits geraten. Mit wem die Schweiz solidarisch wäre, träte sie dem EWR und der EG bei, bleibt unerfindlich. Zumal langsam offensichtlich wird, wie stark der Kohäsions- und Entwicklungsfonds der EG vorrangig dazu dient, mit ökologisch und entwicklungspolitisch höchst fragwürdigen Grossprojekten Euro-Grosskonzerne zu sanieren.

8. Auch in anderen Bereichen sind die Vorteile nicht aufweisbar:

– Die Vor- und Nachteile der *Zwangsderegulierungen* durch den Binnenmarkt halten sich bestenfalls die Waage. Bestimmt fiele viel bürokratischer Umtrieb an der Grenze weg. Leichtfertig das heutige Submissionsystem zu kippen, schadet sowohl Arbeitnehmern als auch dem einheimischen Gewerbe.

– Das *Saisonarbeiterstatut* wird für EWR-Angehörige – und nur für diese – mit oder ohne EWR-Beitritt fallen. Die EWR-Freizügigkeit führt zur Mobilität im Innern des EWR-Raumes und zur würdelosen Abschottung gegenüber Osteuropa und der Dritten Welt. Ohne Beitritt hätte die Schweiz mehr Möglichkeiten einer Öffnung auch für Menschen aus Osteuropa und der Dritten Welt, etwa mit einer entsprechenden Kontingentierungspolitik.

Schwächung der direkten Demokratie

9. Fest steht, dass bereits der EWR- und erst recht der EG-Beitritt die Referendumsdemokratie aushöhlen und marginalisieren würden. Das Initiativ- und Referendums-

recht gehört zu den wesentlichen, historisch gewachsenen Eigenheiten der schweizerischen Verfassungswirklichkeit und bildet einen sinnvollen und mit Nachdruck zu *erhaltenden Kontrast zu den EG-Institutionen*, die bar echter parlamentarischer, geschweige denn Volks-Abstützung funktionieren. Warum soll die Schweiz einen Teil ihrer Identität preisgeben, ohne dafür etwas zu gewinnen? Zumal auch für andere Länder die Möglichkeit echter Volksrechte immer aktueller wird. Das dänische Nein zu «Maastricht» widerlegte die Lieblingsthese unserer Euro-Fans, es komme darauf an, in den Institutionen mitzumischeln. Wenn heute durch einen EWR-Beitritt die Volksrechte in ihrem Wirkungsbereich eingeschränkt würden, schwächte dies alle europaweiten Bestrebungen nach mehr Volksmitbestimmung.

Ökologische Rahmenbedingungen verschlechtern sich

10. Es bestreitet niemand mehr, die umweltpolitischen Rahmenbedingungen verschlechterten sich bei der Ja-Option. Der Schweiz wäre es mangels eines individuellen «opting out» (Ausscheren) nicht mehr gestattet, im Bereiche des Umweltschutzes selbständig zu legiferieren. Das «Cassis de Dijon»-Prinzip (massgebend ist die Ursprungsland-Zulassung von Produkten) und die Gleichwertigkeitsanerkennung hindern zusätzlich eigenständige Umweltlösungen. Die vorgeschriebene Liberalisierung des Energiehandels im europäischen Binnenmarkt widerspricht überdies der schweizerischen Energiesparpolitik. Verkehrspolitisch wird die Schweiz schliesslich zu einem von der EG diktierten Öffnen ihrer Transportkapazitäten gezwungen.

Die *grünen Befürworter* argumentieren, die Schweiz könne auf Grund ihrer positiven Umwelterfahrungen in den EG-Gremien europaweite Lösungen durchsetzen helfen, was mehr bringe, als ein schweizerischer Alleingang auf höherem Umweltniveau. Dies ist falsch. Welches Umweltniveau sich EG-weit verwirklicht, hängt nur fernrangig von der einen Schweizer Ministerstimme ab. Behält indessen die Schweiz ihr weitgehend höheres Umweltniveau, haben deren Erfolge eine grössere Aussenwirkung und nützen auch gleichzeitig dem Inland mehr.

Bei der Umweltpolitik geht es nicht einfach um einen unter vielen Bereichen. Umweltpolitische Weichenstellungen sind wirtschaftlich, regionalpolitisch und finanzpolitisch zukunftsentscheidend. Mit dem Beitritt zum EWR setzte denn auch die Schweiz auf die falsche Karte eines *nicht hinterfragten Wachstumsrausches*, bei dem erst noch jegliche Leitplanken fehlten. Der Ausstieg aus dem überkommenen Projekt der Moderne verlangt demgegenüber nach Mässigung.

Neutralität aufrechterhalten, Kultur nicht homogenisieren

11. Zu Unrecht wird die Bedeutung der Neutralitätspolitik nach Wegfallen des Ost-West Gegensatzes als gering veranschlagt. Bevor sich klare europapolitische Konturen abzeichnen, macht es wenig Sinn, sich vorzeitig einer *europäischen Sicherheitspolitik* unterordnen zu müssen. Auch diesbezüglich gäbe die Schweiz wichtige Optionen ohne Not aus der Hand.

12. Die geopolitische Lage weist der Schweiz auch ohne Beitritte ihren *Platz in Europa* zu. Abseits wird sie so oder so nicht stehen. Künstlerischer Austausch bedarf der Euro-Bürokratie von Brüssel nicht. Die Wirkungskraft der schweizerischen Kunst in Europa und in der Welt hängt bestimmt nicht von EWR und EG ab. Immerhin war es ein peinliches Unterfangen, wie Jack Lang versucht hat, Künstler und Intellektuelle in einem EG-Korsett zu homogenisieren: Europa als permanente Talkshow.

Schweiz ist reformbedürftig

Die Schweiz ist eminent reformbedürftig. Der grösste Trugschluss aber wäre zu meinen, über den EG-Beitritt wäre dies am besten zu erreichen. Im Gegenteil ist zu befürchten, dass unter derzeitigen und absehbaren Bedingungen ein Beitritt die innere Innovationskraft lähmt.

Wer Nein zum EWR sagt, ist kein Untergeher.

DISKUSSION

EWR / EG / Europa als friedenspolitische Aufgabe der Schweiz

Mit diesem Titel setze ich ein Kriterium zur Beurteilung der Frage «EWR – ja oder nein?» Gleichzeitig distanzieren mich von reinen Nützlichkeitsüberlegungen, von einem blossen Abwägen der Vor- und Nachteile eines Beitritts zum EWR für die Schweiz.

Zwischen Nützlichkeitsüberlegungen und Europa-Vision

Dieses weitverbreitete Denken ist mir zwar aus der UNO-Debatte und anderen aussenpolitischen Diskussionen der letzten Jahrzehnte in der Schweiz nicht neu. Neu und enttäuschend ist die Erfahrung, dass Linke und ehemalige Linke dieses *bürgerliche und nationalistische Denken* als eigene Leitschnur übernehmen, sich sogar auf den militärfreundlichen Landgeist unmittelbar vor dem Zweiten Weltkrieg berufen.

«Europa-Vision» ist mir andererseits zu hoch gegriffen, zu abstrakt, zu sehr im luftleeren Raum sich bewegend. Mit Europa fühle ich mich durch eine gemeinsame Geschichte, durch verwandte Kulturen und durch eigene Reisen und Begegnungen konkret verbunden. Die Zurückhaltung der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg empfand ich als störend, als eigensinnig und überheblich. Wir brauchten Jahrzehnte, um dem Europarat beizutreten. Aber schon für die Ratifizierung der Sozialcharta reichte unser Vorrat an internationaler Solidarität nicht mehr. Mit vielen europäischen Konventionen machen wir es uns sehr schwer, benötigen Jahre der Prüfung, des Abwartens, Zögerns und Zauderns. Wir haben die Schweiz zum *Sonderfall* hochstilisiert und damit uns selbst zu *Sonderlingen* gemacht. Demgegenüber fühle ich mich Europa verbunden und verpflichtet. Als Schweizer will ich nicht weiterhin Aussenseiter und Gucklochsteher sein; ich will mitarbeiten, mitdenken, mitgestalten.

Daniel Vischer rät uns, zu warten, bis diese und jene Frage einer Lösung nähergebracht worden sei. Das ist mir zu bequem und zu billig, ganz